

Bezugsbedingungen und Einzelgenreife
sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

5 Pfennig

Freitag

3. Juli 1925

Verlag und Vertriebsabteilung
Gedächtnisstraße 5-3 Uder
Verleger: Dörmers-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 2500-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Moskauer Blutgericht.

Drei Todesurteile im Studentenprozeß.

Moskau, 3. Juli. (W.B.) Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach fünfzehntägiger Beratung Andermann, Wolsch und von Dittmar zur Todesstrafe.

Moskau, 3. Juli. (Russische Telegraphenagentur.) Gegen das vom Obersten Gerichtshof gegen die drei deutschen Studenten Andermann, Wolsch und von Dittmar gefällte Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einhängung des Urteils ein Gnadengesuch beim Zentralkomitee der Sowjetunion einzureichen.

Nach der Anklage des Staatsanwalts Krylenko bestand noch die leise Hoffnung, daß das Moskauer Gericht, das angeblich im Namen des revolutionären Rechts seine Urteile fällt, dem Antrage auf Fällung eines Todesurteils gegen die drei angeklagten Studenten die Zustimmung verweigern würde. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Das Moskauer Gericht hat dem Antrage des Staatsanwalts zugestimmt und die drei deutschen Studenten zum Tode verurteilt. Dieses Urteil ist endgültig, da nach russischem „Recht“ keine Berufung gegen dieses Urteil möglich ist. Nur ein Weg steht noch den verurteilten Studenten offen: ein Gnadengesuch an das Zentralkomitee einzureichen.

Das Blutgericht des Moskauer Gerichts wird in der ganzen Welt und insbesondere in Deutschland die heftigste Empörung auslösen. Denn selbst aus den tendenziös zugestutzten amtlichen Prozessberichten, die durch die russische Telegraphen-Agentur verbreitet wurden, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Angeklagten die ihnen zugeschriebenen terroristischen Handlungen weder begangen noch vorbereitet haben. Der Moskauer Prozeß ist das Schulbeispiel einer mit den raffinierten Mitteln der Tscheka inszenierten Prozeßkomödie, die einzig und allein den Zweck hatte, gegen den Leipziger Tschekaprozeß ausgespielt zu werden. Aber während man es im Leipziger Prozeß mit einer Gruppe von Leuten, zum Teil verbohrt, zum Teil Irreführten, zu

tun hatte, die die Methoden der russischen Tscheka in die deutsche Arbeiterbewegung hineinzutragen suchten, hat man aus dem Verlauf des Moskauer Prozesses den ganz bestimmten Eindruck, daß die leitenden Sowjetbehörden selbst nicht an die Schuld der angeklagten deutschen Studenten glauben, sondern sich ihrer nur bedienen, um Austauschobjekte für den in Leipzig verurteilten Stobleski in die Hand zu bekommen. Dies kennzeichnet den Moskauer Prozeß als eine niedrige politische Rache, als eine bewußt inszenierte Justizkomödie, bei der mit jenem Gemisch von wollüstiger Grausamkeit und raffinierter politischer Berechnung, das für die russische Tschekajustiz charakteristisch ist, mit Menschenleben wie mit hohlen Nüssen gespielt wird.

Es kann nicht als Argument für die Moskauer Bluturteile angeführt werden, daß auch in anderen Ländern, darunter auch in Deutschland, Todesurteile in politischen Prozessen gefällt werden. Die Sozialdemokratie ist stets gegen solche Urteile aufgetreten, sie bekämpft auch jetzt in der entschiedensten Weise die Todesstrafe als das Ueberbleibsel einer barbarischen Vergangenheit. Nichts lähmt aber so sehr den Kampf gegen diese Barbarei als jene Blutjustiz, die angeblich im Namen des revolutionären Rechts von den kommunistischen Machthabern in Sowjetrußland geübt wird. Nicht nur im Interesse der unschuldig verurteilten deutschen Studenten, die die Opfer eines verbrecherischen politischen Spiels geworden sind, sondern auch im Interesse des verhöhten und vergewaltigten Rechts erheben wir den schärfsten Protest gegen die Moskauer Bluturteile. Mögen die deutschen Kommunisten sich auftragsgemäß auch jetzt als Befürworter dieser Schandjustiz betätigen — die deutsche Arbeiterklasse wird in ihrer überwältigenden Mehrheit gerade aus dieser Haltung der führenden kommunistischen Elemente die Folgerung ziehen, daß sie mit diesen entarteten Vertretern einer moralisch mehr und mehr verfallenden Bewegung nichts gemein hat und nichts gemein haben kann.

Das Kompromiß von gestern.

Außenpolitisches Halb Dunkel.

Der gestrige Tag brachte von Nachmittag bis Nachmittags drei Nachrichten, die dem Leser einige Rätsel zu lösen aufgaben. Zunächst kam die vorsichtig formulierte Meldung über die Vorbereitung der Antwort an Briand durch das Reichskabinett. Es folgte der Beschluß der Volkspartei, von einer Interpellation über die auswärtige Politik zunächst abzusehen. Schließlich politisierte die eigenartige Entschließung der Volkspartei über die Richtlinien der deutschen Außenpolitik hinterdrein.

Zum mindesten die beiden ersten Tatsachen sind auf die angelegte Tätigkeit des Reichskanzlers am gestrigen Tage zurückzuführen.

Das Kabinett hat die Grundlinien der Antwort an Briand, die in kürzester Zeit erfolgen soll — man spricht vom 12. Juli — gebilligt. Die Antwort wird vom auswärtigen Amt ausgearbeitet und wird dann dem Kabinett vorgelegt werden. Herr Schiele wird also keine Gelegenheit mehr haben, solche Briefe zu schreiben wie den an Herrn Brüninghaus am 23. Mai.

Der Beschluß, der französischen Regierung rasch, ohne Zwischennote, zu antworten, schuf eine sogenannte „neue Situation“. Das Kabinett war zunächst einschließlich der deutschnationalen Mitglieder wieder einmal „einig“. Eine diplomatische Aktion war im Gange, die nicht durch öffentliche Erörterungen gestört werden sollte. Die Volkspartei stellte also zunächst ihre Interpellation wieder zurück und steckte damit den Revolver, den sie gegen die Deutschnationalen erhoben hatte, wieder in die Tasche.

Aber, wenn die im Gange befindliche diplomatische Aktion nicht durch öffentliche Erörterungen gestört werden sollte, warum hat dann die Volkspartei durch die Veröffentlichung ihrer Richtlinien zur Außenpolitik die Diskussion neu eröffnet? Es geht doch nicht an, daß eine Partei — und gerade eine Partei, die zur Abwechslung die öffentliche Diskussion nicht mehr will, nachdem sie diese am Tage zuvor beschloßen hatte — Monologe hält?

Es ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, daß eine Regierungspartei der Regierung für ihr Vorgehen bei bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen öffentlich Verhalten gemahregeln gibt. Der Vorgang wird nach ungewöhnlicher, wenn es sich um die Regierungspartei handelt, die selber den Außenminister stellt. Die Volkspartei hat jedoch erst Herrn Stresemann ihres uneingeschränkten Vertrauens versichert, und sie hat jedoch erst so getan, als ob sie in öffentlicher Debatte um ein Vertrauensvotum für ihr kämpfen wollte. Stresemann und Volkspartei sind für die Deffektivität identisch. Besteht nun diese Identität auch bezüglich der neuesten Beschlüsse oder nicht? Sind diese Beschlüsse im Einklang mit dem Einverständnis mit Herrn Stresemann gefaßt oder nicht? Bestände ein solches Einverständnis nicht, kann man annehmen, daß das Vertrauensverhältnis nicht nur zwischen Herrn Stresemann und den Deutschnationalen, sondern auch zwischen ihm und seiner Partei stark getrübt sei. Besteht aber ein solches Einverständnis, dann wäre der volksparteiliche Beschluß als ein Kommentar aufzufassen, den Herr Stresemann der noch gar nicht vollendeten Antwortnote vorausschickt.

Das eine wie das andere ist für die deutsche Außenpolitik bedenklich.

Die Wünsche, die in den volksparteilichen Richtlinien ausgesprochen werden, sind nicht das geistige Eigentum der Volkspartei allein. Jedermann wünscht, daß die in ihnen dargelegten Ziele erreicht werden. Es ist aber eine Frage der diplomatischen Taktik, ob man mit solchen Bindungen in Verhandlungen hineingehen soll, und diese Frage ist bisher, soviel wir wissen, von der Regierung verneint worden. Auch sie war, glauben wir, bis vorgestern der Meinung, daß es nicht glücklich sei, alle Fragen auf einmal aufzurollen.

Kein Mensch in Deutschland wäre für den Eintritt in den Bänderbund und für den Abschluß von Sicherheitsverträgen, wenn er sich nicht davon eine Erleichterung der Lage des deutschen Volkes versprechen würde. Aber diese Erleichterung wird gerade dann am längsten auf sich warten lassen, wenn man, noch ehe die Verhandlungen eigentlich begonnen haben, einen ganzen Katalog von Ablehnungen und Forderungen aufstellt. Damit wird eine Diskussion, die man parlamentarisch ablehnt, international eröffnet, und zwar in einer Weise, die zur Verwirrung und Erschwerung der außenpolitischen Situation führen muß.

Die Veröffentlichung der volksparteilichen Richtlinien ist ein außenpolitischer Fehler, der aus innenpolitischen Gründen begangen worden ist. Um die Regierungskoalition zu halten und Brücken nach rechts zu schlagen, hat sich die Volkspartei einem Verfahren genähert, das auf eine bewußte Durchkreuzung der bisherigen Außenpolitik hinausläuft.

Heute bestehen in der deutschnationalen Partei zwei Strömungen. Die eine erklärt das Memorandum vom 9. Februar für ein Verbrechen und fordert den Kopf Stresemanns. Die andere rüdt vom Memorandum ab, will von ihm nichts wissen, seinen Inhalt bis in die letzte Zeit gar nicht gekannt haben und seine praktische Bedeutung für die deutsche Außenpolitik auf Null herabdrücken. Sie verächtelt auf Stresemanns Kopf, aber sie fordert Stresemanns Unterwerfung.

Die beiden Richtungen, unterscheiden sich also dadurch voneinander, daß die eine den Bruch will, die andere die Schwärzung.

Tagung der Internationale.

Sitzung des Bureau der S.A. in London.

Auf Beschluß der Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale ist das Bureau der S.A. zur Beratung wichtiger politischer Fragen für den 4. und 5. Juli nach London einberufen worden. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht in erster Linie die Frage des Sicherheitspakts, ferner die Situation in Marokko und die Ereignisse in China.

Bei dieser Sitzung wird das Bureau auch über die Auforderung beraten, die von der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale an die S.A. gerichtet wurde, gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der chinesischen Arbeiter zu veranstalten.

Bei Gelegenheit dieser Bureauauskunft wird sich auch die von der Exekutive der S.A. in ihrer letzten Sitzung eingesezte Kommission zum Studium des Problems der nationalen Minoritäten konstituieren. Zu den Mitgliedern dieser Kommission wurden von der Geschäftskommission gewählt die Genossen: De Brodère (Belgien), C. R. Burton (England), Otto Bauer (Österreich) und R. Abramowitsch (Rußland).

Für den Wirtschaftsverband Europa.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die Schutzollpolitik der Länder Europas.

In seiner letzten Sitzung hat der Vorstand des I. G. B. die Handelspolitik der Länder Europas zum Gegenstand eingehender Besprechungen gemacht und folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam stellt fest, daß in der Nachkriegszeit in allen europäischen Ländern in steigendem Maße eine protektionistische Handelspolitik getrieben wird, die die Völker gegeneinander abschließt, statt sie zu einen. Nicht nur die jungen Nachkriegsstaaten, sondern auch alte Freihandelsländer sind von diesem Streben erfaßt worden.“

Hiergegen erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund zu Amsterdam seine warnende Stimme. Er ruft die gewerkschaftlichen Bundeszentralen seines Bundes hierdurch auf, in allen Ländern, die die Völker belastende Schutzollpolitik zu bekämpfen, die Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verteuerung der Lebenshaltung mit sich führt. Die Bundeszentralen werden aufgefordert, sich energisch dafür einzusetzen, daß in Europa ein allgemeiner Abbau der Zölle eingeleitet wird mit dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsverband zu schaffen, der die Aufgabe hat, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu garantieren, und der unter Ausschaltung illogischer Konkurrenz zwischen den Völkern durch Schutzhilfen oder Dumping den freien Zugang zu allen Märkten der Welt sichert.“

Frankreich in Marokko.

Unklare Senatserklärung.

Paris, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat erklärte bei einer Aussprache über Marokko Ministerpräsident Poincaré, daß die französischen Verluste an Offizieren und Mannschaften seit Beginn der Feindseligkeiten 400 betragen. Ueber die Bedingungen, unter denen die Regierung zu einem Frieden mit Abd el Krim

kommen will, sprach sich der Ministerpräsident wiederum nicht klar aus. Er versicherte lediglich aufs neue, daß Frankreich keine Gelegenheit veräumen werde, einen Frieden zu erlangen, der Frankreich würdig ist, der die französischen Rechte, die französische Ehre und das französische Prestige schütze. Mit 290 Stimmen billigte der Senat am Schluß der Aussprache einstimmig die Erklärungen der Regierung. Er habe das Vertrauen zu ihr, daß sie der militärischen und diplomatischen Aktion einen Abschluß gebe, der das Prestige Frankreichs schütze.

Auch Mussolini meldet sich.

Rom, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) De Bono ist zum Gouverneur von Tripolis ernannt worden. Die „Tribuna“ erklärt, daß, falls Abd el Krim mit seinen Forderungen durchdringe, und ein unabhängiger Staat geschaffen werde, dies Italien das Recht gebe, zum Schutze seiner Interessen in Nordafrika einzugreifen.

China als Kampfsobjekt.

Der russische Außenminister Tschicherin äußerte sich am Donnerstag über den Angriff des britischen Staatssekretärs für Indien, Lord Birkenhead, wegen einer russischen Verantwortlichkeit für die chinesischen Unruhen. Lord Birkenhead und seine Freunde suchten nach dem Anlaß für einen Konflikt, der unübersehbar schwere Folgen haben könne. Sie erheben gerade jetzt im Zusammenhang mit den Ereignissen in China schwere Beschuldigungen gegen Rußland und das ausgerechnet in einem Augenblick, in dem in England eine allgemeine politische Spannung und steigende Arbeitslosigkeit herrsche, während die Sowjetunion sich in einem wirtschaftlichen Aufschwung befinde. Die Sympathie für die Kampfsziele des chinesischen Volkes stelle keinesfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar. Die Sowjetunion denke zum Unterschied von anderen Mächten nicht daran, chinesische Parteilgruppen gegeneinander auszuspielen und dadurch den Bürgerkrieg zu fördern. Die Sowjet-Regierung sei der Auffassung, daß nur das chinesische Volk über China verfügen dürfe.

Ueber die englisch-russischen Beziehungen fand (ebenfalls laut W.B.) am gleichen Tage im englischen Unterhaus eine Debatte statt. Chamberlain unterstrich die Erklärungen Lord Birkenheads und die Ausführungen des Minister Hogges über die Absicht der britischen Regierung, den bolschewistischen Intriguen gegen England in China und anderswo Einhalt zu tun. Chamberlain erklärte unter dem Beifall der Regierungsparteien deutlicher als früher, für die augenblicklichen Unruhen in China seien bolschewistische Intriguen verantwortlich. Auf die Frage jedoch, ob die Regierung mit anderen Staaten eine Vereinbarung über den Kampf gegen die revolutionäre Propaganda anstrebe, erwiderte der englische Außenminister mit Nein; es müsse jedem Land überlassen bleiben, die für die Verteidigung der Gesellschaftsordnung zweckmäßigen Maßnahmen selber zu treffen.

Der russisch-französische Handel.

Ragnaldy geht nach Rußland.

Paris, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige französische Handelsminister Ragnaldy ist von der Regierung in offizieller Mission nach Rußland entsandt worden, um dort an Ort und Stelle die Möglichkeiten des Ausbaues des französisch-russischen Handelsverkehrs zu studieren.

Diese zweite, die gemäßigtere Richtung will das, was an der Rote Briand für Deutschland irgendwie bedenklich ist, so scharf ablehnen, die Fortsetzung der „Vorerörterungen“ mit so gehäuften Forderungen belasten, daß es zu eigentlichen Verhandlungen gar nicht kommt und die Wirkung des Memorandums vom 9. Februar praktisch vernichtet wird.

Durch die Veröffentlichung der Richtlinien hat die Volkspartei der „gemäßigten“ Richtung der Deutschnationalen ein starkes Entgegenkommen gezeigt. Die „Gemäßigten“ wollen den Kahn des Sicherheitspaktes versenken — sie unterscheiden sich damit von ihren wilden Männern, die ihn in die Luft sprengen wollen, nur durch die vorsichtigeren Methode — die Volkspartei befährt ihn bis über die Ladelinie hinaus.

Erreicht ist somit eine einstweilige Erleichterung der inneren Schwierigkeiten auf Kosten der Stetigkeit der deutschen Außenpolitik.

Ganz aus dem Wege geräumt werden diese Schwierigkeiten freilich nicht. Denn die Volkspartei bekämpft sich ja immer noch zu den Grundgedanken des Memorandums vom 9. Februar, die von den Deutschnationalen verdammt oder verleugnet werden. Und nichts vermag mehr die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß sich eine Regierung, an der die Deutschnationalen hervorragend beteiligt sind, zum freiwilligen, dauernden Verzicht auf Elsaß-Lothringen bereit erklärt hat und noch bereit erklärt.

Das Ausland wird gut tun, in den Veröffentlichungen der deutschen Regierungsparteien über die deutsche Außenpolitik nicht viel mehr zu sehen als Blasen, die aus einem Sumpf der parlamentarischen Intrigen und Kompromisse emporsteigen. Entscheidend für das Ausland kann ja nur die Antwort der deutschen Regierung sein, die nun nach den neuesten Ankündigungen binnen kürzester Frist zu erwarten ist. Liegt sie vor, so wird weiter zu reden sein. Einstweilen genügt es festzustellen, daß die Leitung der deutschen Außenpolitik durch ein so haltloses Gebilde wie es die gegenwärtige Regierungskoalition ist, für das deutsche Volk alles andere bedeutet als die von den Deutschnationalen so großspurig angekündigte „Rettung“.

Reventlow und die Ruhräumung.

Indiskret, aber unwahr.

Graf Reventlow gibt in der „Deutschen Zeitung“ unter Bruch der Vertraulichkeit eine Darstellung einer Auseinandersetzung des Reichsaussenministers mit ihm im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags. Diese Darstellung verfolgt eine doppelte Absicht: sie will den Reichsaussenminister beleidigen und zugleich seine Politik durchkreuzen. Das erste, indem sie wiederholt, die Franzosen machten nur Anstalten zur Ruhräumung, um Streifenmann im Amt zu halten, das zweite, indem sie den Franzosen versichert, Deutschland habe kein Recht, die Ruhräumung zum 16. August zu verlangen.

Diese Darstellung des Grafen Reventlow ist nicht nur eine Indiskretion, sie ist auch unwahr. Denn sie behauptet, Streifenmann habe im Auswärtigen Ausschuss gegen ihn polemisiert, weil er sich beleidigt fühle. So war es nicht; denn die Ausführungen des Reichsaussenministers wandten sich gegen die Gewissenlosigkeit eines deutschen Politikers, der dem eigenen Lande das Recht auf Ruhräumung bestritt. Die Entrüstung darüber war stark, es fiel gegen den Grafen Reventlow der Zwischenruf: „Landesverrat“.

Schieles Unschuld.

Reichsinnenminister Schiele läßt mitteilen, daß er der Veröffentlichung seines Briefes vom 25. Mai „selbstverständlich fernstehe“. Selbstverständlich! Wo in diesem Punkte ist er auch unschuldig.

Die Internationale.

Von Reinhold Müller.

Menschen und Völker unterstehen den gleichen Gesetzen.

Der Mensch als einzelner ohne Beziehung und Verbindung zu seinen Mitmenschen ist unfruchtbar; denn er ist ein Gemeinschaftswesen, und erst aus der lebendigen Wechselwirkung mit anderen Menschen zieht er seine besten Kräfte.

Will er sich nicht selbst verlieren, so muß er über sich Gesetze und Zwang eines größeren Ganzen fühlen, er muß in Gemeinschaft mit anderen stehen, soll der Erfolg seines Wirkens ihm nicht unter den Händen zerrinnen.

So gründet der Einzelne die Familie, um sich selbst zu erhalten, um sich selbst zu erweitern durch die Kräfte, welche aus der Gemeinschaft strömen.

Doch auch bei der Familie waltet dasselbe Gesetz, das über dem Einzelnen steht.

Auch sie darf sich nicht betrachten als eine in sich geschlossene Einheit; sie muß, will sie nicht allmählich an körperlicher und geistiger Inzucht zu Grunde gehen, sich auffrischen durch die Verbindung mit anderen Familien.

Als nächste höhere Einheit über der Familie entsteht so die Gesellschaft; und die Gesellschaft, die den Fehler begeht, sich gegen die von außen andringenden fremden und jungen Kräfte zu verschließen, auch sie degeneriert nach unabänderlichem Naturgesetz und verfällt in Dünkel und Spießertum.

Die einzelnen Gesellschaften wieder vereinigen sich zur staatlichen und weltlichen Gemeinschaft, um so in der Gemeinsamkeit einer Kultur die eigenen Kräfte durch die der Gesamtheit zur höchstmöglichen Entfaltung zu bringen.

Und hier nun — nachdem aus dem Individuum über die kleine Gemeinschaft der Familie, über die größere Gemeinsamkeit der Gesellschaft sich Staat und Volk gebildet hat, soll plötzlich dieses Gesetz der Verbindung und Wechselwirkung keine Geltung mehr haben — soll das Volk sich betrachten als Einzelwesen, das nur seiner selbst willen da ist. . . . soll ein Staat nur dann gedeihen können, wenn er im anderen Staate den Feind sieht und sich hermetisch gegen ihn abschließt?

Die Spuren schreden!

China hat diesen Versuch gemacht, hat mit einer gewaltigen Mauer sich „gegen seine Feinde geschützt“ und so sich von seiner Umwelt abgeschlossen.

Wer aber wagt heute zu behaupten, daß dieser Versuch ihm geblüht ist — wer hat den Mut, für sein Volk eine Nachahmung zu wünschen?

Und dann — betrachtet doch einmal die Geschichte des deutschen Volkes in den letzten hundert Jahren! Die deutsche Einheitsbewegung ist im vorigen Jahrhundert mit genau denselben Gründen bekämpft worden, mit denen heute die Vereinigung der Völker bekämpft wird.

Aber hat der Papst denn wirklich sich selbst verloren, weil er Deutscher wurde? Hat der Preuße Schaden an seiner Seele genommen, weil über seinem Lande sich der Bau des einigten Deutschlands erhob?

Kein Tag ohne Schwindel.

Die ertappten Schwindler lügen aufs neue.

Die „Rote Fahne“ hat in ihrer Verleumdungsmanie Gustav Bauer und Karl Bauer verwechselt. Ertappt und gestellt, bezieht sie sich, den Genossen Karl Bauer mit Schmutz zu bewerfen. Sie schreibt:

„Karl Bauer ist auch ein sehr ehrenwertes Mitglied der SPD. Er hat nämlich in den ersten Monaten seines Abbaus zwei Gehälter bezogen. Ein Gehalt als stellvertretender Bürgermeister und gleichzeitig das Gehalt als Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Ueber dieses selbstlose Wesen des Herrn Karl Bauer waren sogar die sozialdemokratischen Führer empört. Und das will gewiß etwas heißen.“

Jedes Wort ist ertogen. Genosse Bauer bezog, wie er uns mitteilt, bis 30. April Gehalt von der Stadt Berlin, ab 1. Mai von der Ortskrankenkasse. Er wird, wie er uns mitteilt, gegen die betrugsfähigen Verleumder der „Roten Fahne“ Strafantrag stellen.

Noch eine Leistung der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ Nr. 145 bringt einen Artikel über „Menschewistische Heuchler“. Neben anderen Schimpfereien heißt es darin:

„Wir (d. h. die Kommunistische Partei) haben bisher noch nicht das System der Sozialdemokraten eingeführt, mit den Geldern der Kapitalisten Stinnes, Barmat und Konjorten lebenslängliche Pensionen auszugeben.“

Damit kann nur die Unterstützungskasse der Gewerkschafts- und Parteilangestellten gemeint sein; denn nur diese zahlt den Arbeitsunfähigen einen nach Dienstjahren bemessenen Ruhegehalt, falls der Betreffende arbeitsunfähig geworden ist.

Die Beiträge dazu werden von den Organisationen und den Angestellten geleistet.

Was sagen denn die Kommunisten dazu, daß namhafte Kommunisten, die früher Angestellte der Sozialdemokratischen Partei gewesen sind, in dieser „Barmatasse“ weiterhin freiwilliges Mitglied in trauter Gemeinschaft mit den heuchlerischen Menschewisten geblieben sind und prompt Beiträge an die von den Verrätern verwaltete Kasse leisten?

Wir nennen vorläufig nur den Führer der Kommunisten, Herrn Pies — andere Namen folgen, sobald auf der anderen Seite dafür Bedarf vorhanden ist.

Also bitte, etwas Vorsicht mit der Dreckschleuder!

Der künftige Finanzausgleich.

Die bürgerlichen Parteien gegen die Regierungsvorlage.

Der Steuerausgleich des Reichstags begann am Donnerstag die Beratung des Gesetzentwurfs über den Finanzausgleich. Die Vorlage der Reichsregierung will vom Jahre 1926 ab das bisherige Beteiligungssystem zugunsten unbegrenzter Zuschläge für Länder und Gemeinden ersetzen. Das entsprach nicht nur den Forderungen der meisten Länder und Gemeinden, sondern auch den Wünschen der Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Jahre hindurch war von ihnen ein heftiger Kampf gegen die 1919 eingeführte Steuerhoheit des Reichs geführt worden, weil sie das Verantwortungsgefühl der Länder und Gemeinden getötet und eine ordentliche Steuerwirtschaft unmöglich gemacht habe.

Bereits seit Wochen aber war erkennbar, daß die Rechtsparteien in dieser Frage denselben Umsall vorbereiten, den sie auf anderen Gebieten bereits durchgeführt haben. Waren sie vor der Bildung einer Rechtsregierung Anhänger des Zuschlagsrechts, so sind sie inzwischen Gegner des Zuschlagsrechts geworden. Den Beweis dafür lieferte die gestrige Sitzung des Steuerausschusses.

Abg. Reinach (D. Sp.): Das Reich habe die eigentlichen Lasten des Krieges zu tragen. Dieser Lastenverteilung entsprechend müsse der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zugunsten des Reichs erfolgen. Die Einkommensteuer stelle das Rückgrat der direkten Reichsbesteuerung dar. Es sei deshalb unmöglich, dem Verlangen des Reichsrats zu entsprechen, der dem Reich nur einen Anteil von 10 Proz. gewähren wolle. Unbegrenzte Zuschläge seien ebenfalls unmöglich. Das Reich habe den Versuch gemacht, zu sparen. Bei Ländern und Gemeinden läßt sich ein ernsthafter Wille dazu nicht feststellen.

Abg. Benck (Str.) kam zu dem Ergebnis, das Reich müsse schon wegen der Reparationsverpflichtungen die Verfügung über die Einkommensteuer behalten. Die Frage der Zuschläge müsse erst geprüft werden, dazu seien aber ausreichende Unterlagen notwendig, die erst nach der Durchführung der Veranlagung, also frühestens 1927, beschafft werden können.

Abg. Dr. Geseke (Dnat.): Es müsse berücksichtigt werden, daß das Reich die Reparationslasten zu erfüllen habe! Man dürfe nicht allein nach den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden fragen, sondern müsse auch an die Grenzen der Steuerkraft der Bevölkerung denken. Daher könne ein unbegrenztes Zuschlagsrecht nicht gewährt werden. Wollte man schon aus Gründen der Selbstverwaltung und der Sparbarkeit ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer einführen, so sei das doch erst frühestens für den 1. April 1927 möglich.

Bedinglich der Abg. Merck (Bayr. Sp.) trat für das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden ein.

Staatssekretär Dr. Popitz: Der Regierungsentwurf enthalte zwei grundsätzliche Probleme, erstens die Frage der Beteiligungsquote am Ertrage der Steuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, und zweitens die Frage, ob die Länder und Gemeinden das Zuschlagsrecht erhalten sollen. Die Reichsregierung sei nicht in der Lage, die Beteiligung des Reichs an Einkommen- und Körperschaftsteuer auf weniger als 25 Prozent einzugehen zu lassen. Dem Ueberweisungsprinzip habe man den Vorwurf gemacht, es verleihe die Länder und Gemeinden zu einer übermäßigen Ausgabebewirtschaftung und raube ihnen die Selbstverantwortung. Vom Zuschlagsrecht verspreche man sich größere Sparbarkeit, als bei dem Ueberweisungsprinzip möglich sei. Daher sei im Entwurf das Zuschlagsrecht vorgezogen. Eine wichtige Frage sei, ob das Zuschlagsrecht beschränkt oder unbegrenzt gewährt werden soll. Der Entwurf enthalte keine reichsgesetzliche Höchstgrenze für die Zuschläge. Es sei aber auch nicht schlechtweg unbegrenzt. Denn die Zuschläge seien genehmigungspflichtig. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zuschläge seit der 1. April 1926 in Aussicht genommen. Wenn gewünscht werde, daß dieser Termin zu verschleppen sei, so könne man dem entsprechen. Auch sei es gewiß wünschenswert, zuvor das Ergebnis der ersten allgemeinen Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und die erste Feststellung der Einzelwerte nach dem Reichsbewertungsgesetz abzuwarten. Immerhin müsse man wohl das Zuschlagsrecht als solches schon jetzt im Gesetz festlegen und nur die nähere Ausgestaltung für später vorbehalten.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Wischoff wandte sich entschieden gegen die Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden und legte an Hand des preussischen Etats dar, daß die Länder sparsam wirtschafteten. Das gelte auch für die Gemeinden. Das Zuschlagsrecht sei notwendig, nur dadurch könne der Ausgleich an dem Bedarf vorgenommen werden. Trotz aller Reformen sei bei dem Ueberweisungsprinzip kein idealer Verteilungsschlüssel zu finden.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) stellte seine Befriedigung darüber fest, daß sowohl die Deutsche Volkspartei als auch das Zentrum den Grundgedanken anerkennen, daß man sich vor allen Dingen über das Maximum der Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft klar sein müsse. Die Entscheidung gegen das Zuschlagsrecht sei in dem Augenblick gefallen, in dem die Ablehnung der Veranlagung für 1924 erfolgt sei. Die demokratische Fraktion begrüße die Erklärung der Regierung, daß sie sich jetzt mit einem Provisorium begnügen wolle. Wie man sich etwa 1927 zu den Zuschlägen zu stellen habe, könne jetzt offenbleiben.

Der Ausschuss vertagte sich hierauf auf Freitag.

Reichswehrausbreitungen in Braunschweig

„Kompagnievergnügen“ im Stahlhelme.

Braunschweig, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Reichswehrgeldaten, die an einem Kompagnievergnügen im „Stahlhelme“ teilnahmen, versuchten in der vergangenen Nacht in eine gegenüberliegende Wirtschaft, in der Reichsbannerkameraden verkehren, einzudringen und in die Rädchentrammer zu gelangen. Als sie vom Besitzer des Gasthauses an die Luft gesetzt worden waren, kamen sie mit Verstärkung zurück und unternahmen einen regelrechten Sturmangriff auf das Gasthaus. Sämtliche Fenster Scheiben wurden von den betrunkenen Reichswehrgeldaten entzweigeschlagen, so daß großer Schaden entstand. Der Wirt, der auf dem flachen Dache seines Hauses stand, wurde vom „Stahlhelme“ aus beschossen.

Die Pfarrhauskomödie.

Ein Sommerpiel. Obgleich Lautenacks „Pfarrhauskomödie“ wohl eigentlich anders gedacht ist und die Regie von Paul Wax sie nicht gerade in das günstigste Licht rückt. Aber man sagte sich im Renaissance-Theater, daß seelische Erregungen in dieser Jahreszeit ununtunlich sind. So wurde die heilige Oberfläche nicht durchbrochen. Der Abend glitt vergnügt darüber hin. Die Zuschauer glitten nicht immer vergnügt mit; besonders im zweiten Akt, der eine prächtige Ebene und als solche Dreiviertel zu lang war. Zwar versuchte sich Franz Sandler, der Kooperator — in der läppischen Kindhaftigkeit bis auf einige Ueberbretungen ganz annehmbar — in „seelischer Vertiefung“; man glaubte sie ihm nur nicht recht. Und seine Partnerin Leonie Dupal, die die dralle Irma Brecht spielte, hat diese Ware überhaupt nicht auf Lager; war aber sonst eine ganz patente Kuschelstüchlein. Bloß das entlegliche Schreien sollte sie sich angewöhnen; das Renaissance-Theater ist doch kein großes Schauspielhaus! Gute Augenblicke hatte Paul Wax als Pfarrer, in einer stillen Bewegung oft glücklicher als im Wort. Grete Berger spielte Theater.

Ergebnis: Sommeraufführung. Nicht besser, auch nicht schlechter als an einem mittleren Kurtheater.

von ihren „Stammeseigentümlichkeiten“ gepflegt haben, tausendfach wieder gewonnen in der größeren Gemeinschaft des deutschen Volkes. — Und da soll der Deutsche „vertieren“, wenn er sich besinnt, daß über seinem Volke die höhere Gemeinschaft der Völker Europas steht — wenn er dahin wirkt, daß diese Gemeinschaft der Völker bald Wirklichkeit werde?

Ah nein!

Auch im Leben der Staaten und Völker waltet das gleiche Gesetz, wie im Dasein des Einzelmenschen: Abschluß bedeutet Stillstand und Tod — Verbindung aber und Wechselbeziehung bringt Erweiterung und Reichtum!

Darum, die Ihr es gut meint mit Eurem Volke, heißt die Schranken wegräumen, welche die Völker trennen, arbeitet, daß die Internationale, die Verbrüderung endlich Wirklichkeit werde, gerade weil Ihr es gut meint mit Eurem Volke!

hertlich gespielt, gefungen und gesprochen wird?“ Der Mann: „Das weiß ich nicht. Wann hätte ich denn Zeit, so etwas zu lernen. Aber die Dame dort hat ein Programm in Händen und ich kann sehen, was drin steht: Rezitationen aus dem Meffias und aus Oden von Klopstock und Rusin von Reutomm, Schubert, Zelter und Rungen. Der Rezitator heißt Dr. Erich Drach. Tomi Haac, Paul Otto Talsdorf und das Doppelquartett des Madrigalchors unter Professor Thiel singen. Ich verstehe ja an sich nichts von solchen Sachen, aber ich muß sagen, daß mir alles, was hier geboten wird, sehr gut gefällt.“ Die Frau: „Aber meinst du nicht, daß der Inhalt der einzelnen Sachen recht langweilig ist und uns gar nichts angeht?“ Der Mann: „Für die Dichtungen kann das stimmen, aber die Musik ist doch heute noch ganz wunderbar. Und wer ewig eingetaucht ist in die Schätze unserer wüsten Städte, wer Tag für Tag wie wir an der Maschine steht, der freut sich unendlich über alles Schöne. Ob es die Kunst ist, ob es die Liebe ist.“

Kathchen schreie mich auf, also, so schloß ich, haben die Leute im Saal auch etwas Schönes erlebt. ergo.

Eine Neuerwerbung des Schloß-Museums. Ein Meisterwerk frühesten deutscher Jagence-Kunst ist jetzt für das Schloß-Museum angekauft worden. Es ist einer der berühmten Eulen-Krüge, die wegen ihrer absonderlichen Form und ihres farbigen Glanzes von jeher zu den Prachtwerken des deutschen Kunstgewerbes gezählt worden sind. Es gibt nur ein Duzend von diesen Stücken. Die Berliner Neuerwerbung trägt wie die anderen Eulen-Krüge den Namen von ihrer seltsamen Form. Es ist ein Körper etwa von umgekehrter Birnenform, der der Figur der sitzenden Eule entspricht, bis zum Boden hohl, mit angelegten Füßen und Schwanz; der Kopf ist abnehmbar und dient als Deckel. In dem Hohlraum mit seiner weißen und blauen Zinglatur, in der auch Gold auftaucht, erscheinen Wappen. Der Berliner Eulen-Krug aber ist besonders durch seine künstlerischen Darstellungen ausgezeichnet: vorn sieht man unter einem Bogen ein Liebespaar und einen Narren, hinten die Apfelschuldhene der Tell-Sage. Wegen dieser Szene hat man bereits an Schweizer Entstehung der Eule gedacht. Wo diese eigenartigen Krüge entstanden sind, ist aber noch unklar. Sie gehören in die Mitte des 16. Jahrhunderts; andere Krüge dieser Art tragen Jahreszahlen von 1540 bis 1561. Und damit zählen sie zu den frühesten Werken der deutschen Jagence-Kunst, die unter der Hand künstlerisch hervorragender Handwerker die alten Topfformen damals mit schönen Zinglaturen zum Rang kostbarer Kunstwerke erhoben. Die Stücke sind wegen ihrer Seltenheit und Schönheit immer so hoch geschätzt worden, daß sich sogar eine eigene Händlungsindustrie ihrer bemächtigt hat: sie hatte sich in der Schweiz niedergelassen, in Anknüpfung offenbar an das Tell-Bild der nunmehr Berliner Eule.

Sozialistische Ferienkur. Vom 27. Juli bis 1. August findet in Freiburg im Breisgau (im badischen Schwarzwald) ein Ferienkursus von Josef Luitpold Stern über „Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung“ statt, der besonders für die in der praktischen Bildungsarbeit stehenden Genossen und Genossinnen von großer Bedeutung sein wird. Ferner findet vom 2. bis 8. August im Landeshauptstadt Hötting an der Ostsee (Vollstein) ein Ferienkursus des ehemaligen österröischen Staatskanzlers Dr. Karl Klement über „Staat und Sozialismus“ statt. Beide Veranstaltungen geben vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsbereit, Berlin S.W. 68, Tordensstraße 3, an, an den auch Anfragen und Anmeldungen zur Teilnahme zu richten sind.

Klopstock bei den Bildern.

Bestern fand in einem der Ausstellungssäle im Deutschen Opernhaus, die jetzt die Arbeitsgemeinschaft des Vereins Berliner Künstler belegt hat, eine Abendgesellschaft statt; man feierte den 201. Geburtstag Klopstocks. Meinem Platz gegenüber hing ein wundervolles Bild von Meister Baluschek, zwei ruhende, sich einander lieblich anschmiegende Menschen zeigt es, Mann und Frau, indes es in dem kalten Häuserwerk um sie herum ganz langsam nächtet. Und während weiche Rusin den Raum durchschwebte, härte und sah ich deutlich, wie die zwei auf dem Bild miteinander sprachen: Die Frau: „Was ist das heute Abend hier? Nicht und so viel Menschen? Sonst ist's so still um diese Zeit.“ Der Mann: „Ein Kunstabend wird hier veranstaltet, und es ist schon, daß der in der schlechten Zeit so gut besucht ist.“ Die Frau: „Was ist es denn, was so

Steine und Erden.

Beginn der Spezialberatung im Zollauschuss.

Im Handelspolitischen Ausschuss erwiderte sich vor Eintritt in die Spezialdebatte eine ausgedehnte Aussprache über die Handhabung der Beratung der einzelnen Positionen. Der Abg. Schneider (D. Sp.) machte den Vorschlag, über die vorliegenden Anträge der Sozialdemokraten auf Berufung von Sachverständigen erst abzustimmen, wenn sich die Antragsteller über die Formulierung und vorzulegenden Fragen klar geworden sind, und inwieweit in die materielle Behandlung der Industriezölle einzutreten. Breitscheid schloß sich dem Wunsch an. Er wendet sich gegen den Vorschlag des agrarischen Vertreters Thompson, entsprechend der Reihenfolge des Zolltarifs zuerst die Tarifpositionen für agrarische Produkte durchzubearbeiten. Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Dr. Hortlacher, verband mit einer Zustimmung zu den Vorschlägen Breitscheids gleichzeitig den Wunsch, die Gesamtmaterie in vier Gruppen einzuteilen.

Dieser Vorschlag läßt deutlich erkennen, wie auch später von Hilsfeld festgestellt wurde, das Bestreben der Regierungsparteien unter Umständen durch eine Abkürzung der Einzelberatung eine beschleunigte Erledigung der Vorlage zu erzwingen. Welche wahren Absichten der agrarische Flügel der Regierungsparteien tatsächlich vor hat, erhellt aus einer Bemerkung des Abg. Thompson, daß für sie die Zustimmung zu den Industriezöllen abhängig sei von dem Effekt, den die Behandlung der Agrarzölle zeitige. Er glaubte deshalb, noch einmal darauf hinweisen zu müssen, daß für sie unter allen Umständen erst die Frage der Zollbehandlung für landwirtschaftliche Produkte absolut gelöst sein müsse.

Der Genosse Müller-Franken wies darauf hin, daß die Bedenken Thompsons sich sehr leicht dadurch ausräumen lassen, daß bei der zweiten Lesung der Vorlage im Ausschuss die Vertreter der agrarischen Interessen die Möglichkeit einer entsprechenden taktischen Behandlung offen behielten.

Steine und Erden

Bei der Diskussion der Erörterung der Spezialfragen fast ausschließlich den sogenannten Oppositionsparteien vorbehalten blieb und daß dabei wieder die Sozialdemokraten in erster Linie Gelegenheit nahmen, die wirtschaftserzitternden Tendenzen des Zollverlangens herauszustellen. Der volksparteiliche Abgeordnete Schneider betonte, daß für seine Partei kein Einspruch zu erheben sei, aber gegen die bei dieser Gruppe festgesetzten Positionen, da sie gegenüber dem Zolltarif von 1902 keine Erhöhungen erfahren hätten.

Demgegenüber stellt Breitscheid fest, daß dennoch eine Herabsetzung der einzelnen Zollpositionen stattgefunden habe, die allerdings, z. B. im Vertrag mit Belgien in einzelnen Fällen bereits wieder eine Verminderung erfahren hätten. Insbesondere wendete er sich gegen die Erhöhung bei Bimssteinen und Mühlsteinen, die augenscheinlich nur deshalb erfolgt sei, um das Prinzip des zollfreien Zolltarifs aufrechtzuerhalten. Die verderblichen Folgen der Zollpolitik bei diesen Produkten für die Bauindustrie stellte der Genosse Silber Schmidt in wiederholten Ausführungen dar. Aus seiner Kenntnis der gesamten Verhältnisse errechnet Silber Schmidt, ohne daß die Urproduktion in ihrer wirtschaftlichen Situation dazu eine Ursache biete,

eine unerhörte Verteuerung des gesamten Baumarktes.

Besonders bei Zement sei eine so hohe Zollbelastung nicht im Interesse der verarbeitenden Industrien. Die Zementproduktion selbst bedürfe keines Schutzes, sie sei derart indiziert, daß sie die Preise im Inland absolut zu diktieren vermöge. Die gleichen Verhältnisse seien zu verzeichnen bei Schiefer. Bei Kalk dürfe nicht nur nicht eine Zollherabsetzung eintreten, sondern müsse im Interesse des Wohnungsbaus auf eine Verminderung gedrängt werden. Um die Gesamtwirkung der Zollvorlage auf den Baumarkt und das Wohnungsbauprogramm der Regierung kennenzulernen, sei es notwendig, den Arbeitsminister zu interpellieren, und ihn insbesondere zu fragen, inwieweit namentlich in den Grenzgebieten die dort besonders notwendige Steigerung der Wohnungsbauaktivität in negativem Sinne beeinflusst werde. In einer Sitzung des Wohnungsausschusses habe der Arbeitsminister erklärt, daß Voraussetzung einer Steigerung der Bauaktivität sei, die Senkung der Preise der Baustoffe, insbesondere aber der Zementpreise.

Mit dem Genossen Silber Schmidt setzte sich die Genossin Sender ein für eine Verminderung der Preise der Produkte der Glasfabrikation. Beide stellten fest, daß bereits der frühere Zoll eine erhebliche Verteuerung für den Verbraucher und die verwertenden Industrien gebracht habe und daß daher die ungemessene Erhöhung, teilweise um das Dreifache, direkt katastrophale Wirkungen haben müsse.

In längeren Ausführungen wendete sich Genosse Hilsfeld gegen die sehr erregt vorgebrachten Argumente des Wirtschaftsministers, der in dem von dem Abg. Kolisch gewünschten Auskünften eine Gefährdung der gegenwärtig schwebenden handelspolitischen Verhandlungen sah. Müller-Franken macht darauf aufmerksam, daß der Ausschuss auf solche Informationen absolut nicht verzichten könne. Dort, wo eine Gefährdung deutscher Interessen durch die Auskünfte bestehen könnte, sei diese Gefahr durch Erklärung der Vertraulichkeit abzumenden. Hilsfeld sagt, daß die Notwendigkeit solcher Auskünfte auch schon dadurch bedingt sei, daß sich die Abgeordneten selbst ein Urteil bilden müßten.

Die Regierungsparteien schwiegen. Die Vorstehende Perllizius glaubte deshalb die Verhandlungen über diesen Abschnitt beendigen zu können. Dagegen wendete sich Breitscheid, der betonte, die Materie sei noch nicht erschöpft. Zum mindesten müsse die Möglichkeit bestehen, Anträge zu stellen und diese Anträge zu besprechen. Der Ausschuss erklärte sich damit einverstanden. Darauf wurde die Debatte unterbrochen, um den Antrag der Sozialdemokraten auf

Einführung eines Sachverständigenausschusses

zu erörtern. Der Genosse Hilsfeld hatte bestimmte Fragen formuliert, auf die sich die Sachverständigenarbeit zu erstrecken habe. Er betonte, es handle sich darum, festzustellen die Entwicklung der Agrarpreise, deren Verhältnis zu den Industriezöllen und die mutmaßliche Auswirkung der Agrarzölle auf die Lebenshaltung der Konsumenten. Zu erörtern sei dabei die Frage der landwirtschaftlichen Autarkie, die Einwirkung auf die Handelsbilanz usw.

Er schlug vor, den Sachverständigenausschuss zusammenzusetzen aus zwei Agrarwissenschaftlern der verschiedenen Richtungen, zwei Betriebswissenschaftlern und Vertretern der Fraktionen. Den Vorsitz führe am besten ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates, das sich bereits mit landwirtschaftlichen Enquêtes beschäftigt habe. Der demokratische Abgeordnete wünscht, daß zu den Sachverständigen noch zugezogen werde je ein Vertreter der Industrie und der Verbraucher und, wenn es notwendig sei, noch weitere Sachverständige. Cammers (D.) stimmt den Vorschlägen zu. Er wünscht jedoch eine Zeitbegrenzung für die Sachverständigen, damit die Zollvorlage unter allen Umständen noch vor den Sommerferien erledigt werde. Aus den Reihen der Regierungsparteien wurde der Verdacht geäußert, daß von den Antragstellern auf Hinzuziehung von Sachverständigen eine Verschleppung der Arbeit beabsichtigt sei. Dagegen wendeten sich heute und Breitscheid.

Unsere Redner wandten sich auch gegen eine Bestätigung der Sachverständigenarbeit. Auf Antrag Breitscheids wurde dann ein Unterausschuss eingesetzt, der die Aufgabe hat, das Arbeitsgebiet der Sachverständigen abzugrenzen. Dessen Unterausschuss sollen auch die einschlägigen Anträge überwiesen werden. Der Unterausschuss setzt sich zusammen aus je einem Vertreter aller Fraktionen. Er wird heute nachmittags bereits seine Arbeit beginnen. Auf Antrag Hortlachers (Bayer. Sp.) wurde dann noch beschlossen, daß die Arbeiten des Sachverständigenausschusses so zu beschleunigen sind, daß sie im Laufe der nächsten Woche beendet werden. Darauf vertagte sich der Ausschuss auf Sonnabend vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über Steine und Erden.

Reisebeginn.

Heute ist Schluß und die großen Sommerferien haben begonnen. Sehnsüchtig erwartet, sowohl von der Jugend, als auch den Erwachsenen, die Reisepläne ohne Zahl wälzen.

Gewiß: man reist im Frühjahr und reist im Herbst, der Hauptstrom des Reiseverkehrs konzentriert sich jedoch auf den Juli und die ersten Wochen des August. Das erweisen mühelos die Angaben der Hotels und Pensionen, die einstimmig den Juli und die erste Augusthälfte als die Zeit des Retortbetriebes bezeichnen. Die ersten Anzeichen des Abstroms von Berlin beginnen schon heute dem Bild der Berliner Fernbahnhöfe das Gepräge zu geben. Auch die Reichsbahndirektion hat dem durch Einlegen bestimmter Züge Rechnung getragen. Der Hauptansturm geht vermutlich in 8 bis 10 Tagen ein, wenn die Schulen geschlossen sind und alles mit Kind und Kegel auf Erholung geht.

Es ist in das Reisen wieder eine gewisse Solidität zurückgekehrt, die ziellose Verschwendungslust, die in der Inflationszeit das Reisen unenträglich widerwärtig machte, ist wieder scharfem Berechnen gewichen. Mittlere und kleine Pensionen werden bevorzugt, während die Kurushotels kaum mit übermäßigem Besuch rechnen. Bald wird es also sehr einsam bei uns sein.

Die Sommeroperetten werden wie üblich vor leeren Häusern heruntergequält werden. Man wird in der Untergrundbahn nicht mehr alle zehn Schritte die Hühneraugen zertreten bekommen, und in den Straßenbahnen sind Sitzplätze frei.

Berlin wird eine recht nette Stadt sein. Was es auch bei Anwesenheit der Hunderttausende sein könnte, die jetzt in die Sommerfrische gehen.

Wenn man den Verkehr großzügiger organisierte, in den düsternen Höfen der Mietkasernen für Luft, Sonne und Blumen sorgen würde, wenn man überhaupt etwas gemütslicher wäre.

Ja, wenn, wenn

Versammlungsschwinder.

Die Kommunistische Partei ruft in Plakaten zur Fortsetzung einer SPD-Versammlung auf. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um eine sozialdemokratische, sondern um eine kommunistische Veranstaltung. Offenbar wissen die Einberufer, daß sie unter der eigenen Firma schlechte Geschäfte machen würden. Also stecken sie die SPD-Fahne zum Fenster hinaus, um Besucher anzulocken. In der Versammlung selbst soll das Bemühen fortgesetzt werden, den Kampf der Arbeiter gegen den Brotwucher zu einem Kampf der Arbeiter untereinander umzuwandeln. Von solchem Treiben wendet sich jeder denkende Arbeiter mit Verachtung ab.

Die Reutlinger Kommunisten sind aus Rand und Band geraten. Die von ihnen so meisterhaft geführte Brotwucheroersammlung unserer Partei in Kleins Festsälen, in der Genosse Weis sprach, wird von der „Koten Fahne“ in einen „brutalen Reichsbannerüberfall auf harmlose Versammlungsbesucher“ umgebaut. In Nr. 148 der „Koten Fahne“ vom 2. Juli läßt der kommunistische Abgeordnete Höllein eine bandwurmartige Erklärung vom Stapel, in der es von Empörung und unbedingten Angriffen gegen die Sozialdemokratie nur so trielt. Genosse Harnisch, der die so tumultuarisch endende Versammlung leitete, wird als „Agent provocateur“ bezeichnet, der, um ihn (Höllein) am Reden zu hindern, das Signal zum geistigen Ringen mit Stuhlbeinen und Gummitüppeln gegeben habe. Die „Kote Fahne“ vom Mittwoch haut mit unkontrollierbaren Zusätzen in die gleiche Kerbe, und die Reutlinger SPD ruft, wie oben erwähnt, geschäftstüchtig, wie sie ist, die „Koten“ zur „Fortsetzung der SPD-Versammlung“ an den Luftschlauten in Fettdruck auf. Der dem Genossen Harnisch gemachte Vorwurf des Agent provocateur ist so unsinnig, daß sie eine ernsthafte Entgegnung wirklich nicht erfordert. Leute, die mit solchen Mitteln der Propaganda erheben wollen, stellen sich dadurch in den Augen aller Vorurteilslosen nur selbst aufs Schwert. Was trieb überhaupt Herrn Höllein dazu, eine Protestversammlung gegen die schamlosen Bucherpläne der Agrarreaktion zu einem Tumultplatz bestiger Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterchaft zu machen? Wer den tief beschämenden Krawall, bei dem im Augenblick höchster Gefahr Arbeiter höhergejert gegen Arbeiter standen, entsetzt hat, überlassen wir ruhig dem Urteil aller Besucher jener Versammlung. Sie werden wissen, in welchem Lager die Prügelhelden anzutreffen sind. Mit Redaktionsfabrikaten von angebliehenen Zuschriften kann das Berliner Kommunistenblatt die Wahrheit nicht aus der Welt schaffen!

Straßenraub auf offener Straße.

Ein Straßenraub wurde in der vergangenen Nacht auf offener Straße vor dem Hauke Martin-Luther-Str. 72 verübt. Ein Installateur Paul W. wurde dort um 1 1/2 Uhr vor der Haustür von vier Begehrerern überfallen und seiner Brieftasche mit 150 RM. und seiner goldenen Uhr beraubt. Die Räuber warfen ihr Opfer zu Boden und schlugen blindlings mit harten Gegenständen auf seinen Kopf ein. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen wurde das 173. Revier alarmiert. Als jedoch das Ueberfallkommando erschien, waren die Begehrerer mit ihrer Beute bereits spurlos verschwunden. Angaben zu ihrer Ermittlung und Ergreifung an das Raubbezernet im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums. Der Ueberfallene, dem eine Lippe gespalten und dessen Kopf mit zahllosen Beulen bedeckt ist, wurde auf der Rettungsstelle verbunden und konnte dann nach Hause entlassen werden.

Rheinländer aus dem Osten in Berlin.

Heute morgen um 9 Uhr trafen etwa 1000 Rheinländer aus Ostpreußen, hauptsächlich Mitglieder der landmannschaftlichen Vereine in Ansternburg und Königsberg, auf der Fahrt nach dem Westen auf dem Schlessischen Bahnhof ein. Der Reichsverband der Rheinländer hatte sich auf dem Bahnsteig versammelt, wo man mit den nach dem fernem Osten verschlagenen Freunde ein kurzes, aber herzlichliches Wiedersehen feierte. Unter den Heimatklingen einer Musiktruppe und Tücherschwenken setzte sich der Sonderzug der Zehntausendfeierzüge nach viertelstündigem Aufenthalt in Bewegung.

„Weltbad“ Alsbuchhorn.

Der Ausfluglerzug nach den Wäldern und Seen des Berliner Ostens nimmt von Jahr zu Jahr größeren Umfang an und hat einen ungeahnten Aufschwung der besuchtesten Ortschaften zur Folge. An schönen Sommertagen suchen Hunderte, die nicht im Freien übernachten wollen, vergebens nach Quartier. Wenn es in früherer Abendstunde am schönsten wird, muß man heim nach dem steinernen Häusermeer. Darunter leidet auch der Ausflug nach dem wunderschönen Alsbuchhorn, zwei Stunden hinter Erkner, wenn die wenigen Gasthöfe, die Landhäuser, die Eisenbahnzüge und Motorboote überfüllt sind. Es soll nun Abhilfe geschaffen werden durch den Bau eines großen modernen Strandhotels auf der Landverbindung des Bogen- und Möllensees. Gleichzeitig wird ein vermehrter Motorboot- und Dampferverkehr einlegen. Sehr wünschenswert wäre es ferner, gerade in dieser Gegend eine größere Jugendberge zu errichten. Das schon vor dem Kriege bestandene Projekt, am Möllensee hinter dem Alsbuchhorfer Mineralquellen ein großes Brunnenkurhaus zu errichten, ist ebenfalls der Verwirklichung nähergerückt. Dagegen haben die zuständigen Behörden es bisher noch immer abgesehen, die Genehmigung für die Anlage eines Garten- und Unterhaltungsotels am oberen Teile des langgestreckten Möllensees zu geben. Hier wird, wenn bei plötz-

lich ausbrechendem Ansturm viele Hunderte schukuchend und völlig durchnäßt flüchten, verlagert, was man im Berliner Westen, wo fast jeder Förster eine Aneipe hat, anstandslos gewährt. Auch die Einrichtung eines reichhabes am Möllen- oder Beejsee zur Befreitung der vielen „wilden“ Badestellen kann nur eine Frage naher Zeit sein. Die nicht aufzuhaltende Entwicklung fordert doch wohl eine andere behördliche Richtung, ohne daß man deshalb etwa dem übermäßigen Alkoholoertrieb das Wort reden will. Es ist unter Berücksichtigung allen Naturzweckes besser, Unterkunftsstellen zu Kost und Verpflegung zu schaffen, als zu warten, bis sich an den Ufern schöner märkischer Seen verhandelnd die Industrie festsetzt.

Ein Dampir.

Erpressung an einem Amtsgerichtsrat.

Ein hartnäckiger Erpreßer, der eine ganze Familie lange Zeit beunruhigt hat, wurde jetzt vom Gericht empfindlich verurteilt. Der 36jährige, aus Hamburg gebürtige Kaufmann Karl Boers hatte einen früheren Amtsgerichtsrat zur Hergabe größerer Summen gezwungen, bis der Gepeinigte sich endlich entschloß, die Hilfe der Behörde in Anspruch zu nehmen.

Eines Tages hatte der Amtsgerichtsrat, der inzwischen aus seinem Amt ausgeschieden und in ein Industrieunternehmen eingetreten ist, die Bekanntschaft des sehr gewandt auftretenden Boers auf der Straße gemacht, der sich ihm als „ehemaliger Offizier“ ausgab und ihm erzählte, daß seine Mutter eine „Gräfin Königsmarkt“ sei. Der angenehme Plauderer erweckte derart das Interesse des Amtsgerichtsrates, daß dieser ihn zu einer Tasse Kaffee in einem Lokal einlud. Einige Zeit später begegneten sie sich wieder auf der Straße und setzten die Unterhaltung von neuem in einem Kaffee fort. Der interessierte Bekannte lud den Amtsrichter nun dringend ein, ihn in seiner Wohnung zum Kaffee zu besuchen, damit er sich für die Einladungen revanchieren könnte. Der Amtsrichter folgte auch der Einladung, blieb aber nur kurze Zeit, da ihm im Laufe des Gesprächs manches unangenehm schien. Lange Zeit hörten sie nichts mehr voneinander. Zufällig sah Boers den Amtsrichter aber eines Sonntags, als dieser mit seiner Schwiegermutter zur Kirche ging. Heimlich folgte er und ermittelte so dessen Wohnung. Nun setzte der Erpressungsfeldzug ein. Der Amtsgerichtsrat bekam dauernd Briefe, in denen Boers unverblümt Andeutungen machte, daß bei dem Besuch bei ihm gewisse Dinge passiert seien. Die Drohungen mit Veröffentlichung in einer gewissen Presse unter der Ueberschrift „Sonderbare Abenteuer eines Amtsrichters“ veranlaßten diesen zur Hingabe des Geldes. Aber damit erzielte er das Gegenteil. Der Erpreßer wurde nämlich immer dringlicher und kam immer von neuem mit Forderungen. Zuletzt gab sein Opfer ihm, nachdem er seine Frau ins Unternehmen gegeben hatte, noch einmal 500 RM., nachdem ihm das Versprechen gegeben war, daß er nun Ruhe halten würde. Trotzdem kam Boers bald darauf mit neuen Forderungen und jetzt drohte er mit kommunistischen Abgeordneten und schrieb: „Fünf Scheine und wir sind quitt, für immer, widrigenfalls . . .“ Nun erst tat der Erpreßte das, was er gleich hätte tun sollen, und erstattete Anzeige. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg hatte Boers die Frechheit, seine Beschuldigung dem Zeugen ins Gesicht zu schleudern, obwohl dieser unter Eid das Gegenteil aussagte. Das Schöffengericht hatte Boers zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen der Höhe der Strafe hatte der Verurteilte Berufung eingelegt. Auf Zureden seines Verteidigers bequeme er sich aber vor der Strafkammer des Landgerichts III einzugehen, doch seine Beschuldigungen vollständig aus der Luft gegriffen seien, und daß es ihm nur darauf angekommen sei, den Amtsrichter in seine Wohnung zu laden, um hinterher durch derartige Anschuldigungen aus ihm Geld herauszupressen. Landgerichtsdirektor Siebert berückichtigte das Geständnis des Angeklagten und setzte die Strafe um etwas herab. Der Angeklagte wurde von der Berufungskammer wegen fortgesetzter Erpressung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

„Voll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Zeugen gesucht. Zeugen, die gesehen haben, wie am 18. Oktober 1921 nachm. 2 1/2 Uhr, der Reichsminister Robert Slomski mit dem Fahrrad bei der Fahrt durch die Volkshamer Straße, zwischen Volkshamer- und Lützowstraße von einem Autoomnibus erfasst und überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Robert Slomski, Berlin C, Weinmeisterstraße 16/17 (Schule) gelangen zu lassen. Besonders dringend werden die 2 Herren, die dem Verletzten in das Elisabeth-Krankenhaus transportiert haben, um ihre Adressen gebeten.

Die Hochwasserkatastrophe in Polen.

Das Hochwasser in Galizien hat noch nicht seinen Höhepunkt erreicht. Oberhalb Krakau hat die Weichsel drei Staubbänne durchbrochen und ergießt sich ungehindert über die Felder. 15 Ortschaften bei Krakau stehen vollständig unter Wasser. Die Chausseen sind sämtlich unbrauchbar. Verschlimmert wurden sie durch einen furchterlichen Sturm, der die Wassermassen aufstaute und den überschwemmten Gebieten das Aussehen eines Sturmbezwegen Meeres gab. Der Wasserstand der Weichsel beträgt nach den amtlichen Meldungen aus Krakau 3,66 Meter über normal. In Krakau steigt das Wasser immer noch annähernd 10 Zentimeter in der Stunde. Das Hochwasser ist auf die gewaltigen Regenfälle in den Karpathen zurückzuführen. Die Niederschlagsmenge betrug am 30. Juni allein 40 Millimeter, im unteren Karpathenland in den letzten Tagen des Monats bis 90 Millimeter. Im unteren Weichselgebiet hat die Bevölkerung eine Panik ergriffen angesichts der Meldungen aus dem oberen Stromgebiet. In Warschau rechnet man damit, daß die Flutwelle dort am 5. Juli ihren Höhepunkt erreicht hat. Sowie die von dem starken Nordsturm zurückgeworfenen Wassermassen frei werden, wird die Gefahr für das untere Weichselgebiet akut. Man glaubt mit Sicherheit einen Wasserstand von 4,5 Meter über normal für Warschau voraussetzen zu können. Im Gebiet der Krakauer Eisenbahndirektion ist der größte Teil des Verkehrs eingeschränkt. Die Elektrizitätsversorgung hat aufgehört. Das große Werk bei Reszandez steht vollständig unter Wasser. Der polnische Ministerpräsident hat zunächst eine Summe von 100 000 Zloty für die betroffenen Gebiete bemilligt.

Santa Barbara wird wieder aufgebaut.

Nach Meldungen aus der von dem letzten Erdbeben zerstörten Stadt Santa Barbara ist dort die Bauaktivität bereits in vollem Gange. Die Stadt hat eine Anleihe von 20 Millionen Dollars aufgenommen, die von den führenden amerikanischen Großbanken garantiert worden ist. Von dem entstandenen Schaden sind nur 3 Millionen durch Versicherungen gedeckt, doch glauben die Versicherungsgesellschaften, daß sie bei den Sachverständigenabmachungen nur zur Bezahlung der Hälfte dieses Betrages angehalten werden können, da die versicherten Gebäude nicht als ganz zerstört betrachtet werden können. — Eine Folge des Erdbebens ist, daß in New York und anderen Städten die Versicherungsgesellschaften mit Gesuchen um Versicherung gegen Erdbebenschäden überlaufen werden. Ein New Yorker Wolkenkratzer ist für 10 Millionen Dollar versichert worden.

Arbeiterport.

Stammesfest des Sport-Club „Derich 06“. Heute abend haben in der Turnhalle, Brangelstraße 126, die Auszubildungslehre und die Klubmitglieder im Ringen in der Boxen- und Bekleidungsabteilung und im Behen in sämtlichen Klassen statt. Gerade bei dem Ringen in vielen Klassen darf man gespannt sein, ob es den besten Ringkämpfern des 1. FC. 06. (Dankommunisten) und Mezer (Reichsbanner) gelingen wird, sich auch in diesem Jahr an 1. Stelle zu behaupten. Die Kämpfe beginnen nämlich abends 8 Uhr.

Wirtschaft

Bekleidungsindustrie und Zollvorlage.

Vor einigen Tagen haben wir eine ausführliche Darstellung der schweren Gefahren gegeben, die die vorgezeichneten hohen Zollsätze auf Textilwaren für die Versorgung des deutschen Volkes mit Bekleidung aller Art bringen müssen. Die Sorgen, die hier zum Ausdruck kommen, werden von den meisten Unternehmungen der Bekleidungsbranche geteilt. Von einer führenden Persönlichkeit des Damenbekleidungs-gewerbes erhalten wir eine eingehende Stellungnahme gegen die Zollpläne der Regierung, der wir folgendes entnehmen:

Die Erledigung der sogenannten Zolltarifnovelle soll vom Parlament in einer Zeit vorgenommen werden, da sich klar und deutlich Anzeichen einer großen schweren, herannahenden Wirtschaftskrisis bemerkbar machen.

Wenn die Regierung auch betont, daß die jetzige Zollvorlage noch nicht endgültig sei, sondern nur die Grundlage für die abzuschließenden Handelsverträge sein sollte, so ist doch jedem, der einige Ahnung von diesen Dingen hat, klar, daß in den Preislisten der zukünftigen Zolltarif keine wesentlichen Unterschiede wird aufzuweisen können, gegenüber den Zollplänen, die jetzt vom Reichstag als vorläufige genehmigt werden.

Auch der Reichskanzler hat bei Einbringen der Zollvorlage betont, daß nur auf dem Wege der

Senkung der Preise.

die dann mit der Erhöhung der Reallohn zusammenfallen würde, eine Besserung der Wirtschaftslage erreichbar sei.

Wenn Wirtschaftsgruppen jedoch Zolsschutz verlangen, beweisen sie dadurch, daß sie entweder für sich einen Sonderverdienst gegenüber dem Zustand herausheben wollen, ein Verlangen, zu dem auch offiziell keine politische Partei die Handhabe bieten will, oder aber, daß sie nicht so billig produzieren können wie das Ausland. Die Gründe für die zu teure Produktion liegen in Deutschland auf zwei Gebieten: ein Teil der Wirtschaftsbetriebe ist infolge Kapitalmangels technisch nicht auf derselben Höhe wie das Ausland und bei diesem Teil sowohl wie auch bei dem andern Teil kommt eine übermäßige Belastung mit Abgaben dazu.

Beide Gründe aber, Kapitalmangel und Überlastung können durch Zölle weder gehoben noch gemildert werden. Wenn dieses

aber nicht der Fall ist, dann müßte auch in der Allgemeinheit, nachdem sich nach Aufhebung der Zwangswirtschaft gezeigt hat, daß die freie Konkurrenz am besten Preise reguliert und drückt, die Erkenntnis durchsetzen, daß infolge Ausschalten der ausländischen Konkurrenz durch Hochschutzzölle sicher keine Preisentwertung, sondern günstigstenfalls eine Stabilisierung der über dem Weltmarkt liegenden Preise erreicht werden kann.

Nachdem bisher fast alle unparteiischen Sachverständigen einstimmig betont haben, kann man bestimmt annehmen, daß zurzeit ein Schutzzoll für die landwirtschaftlichen Rohprodukte nicht notwendig ist.

Anderes liegt es bei den Industriezweigen, bei denen anerkannt werden muß, daß eine Erhöhung der Friedenszölle mit Rücksicht auf die veränderten Preise auf den Weltmärkten gegenüber dem Frieden notwendig ist. Auch muß man zugeben, daß, um günstige Handelsverträge zu erreichen, und um manchen Industriezweigen eine allmähliche Modernisierung zu ermöglichen, in den autonomen Zollsätzen und vielleicht auch in den vertraglichen Zollsätzen die Preissteigerung am Weltmarkt häufig überschritten werden muß. Wenn man aber sieht, wie bei vielen Positionen noch vielfach um 50 bis 200 Proz. über diese notwendige Erhöhung hinausgegangen wird, so kann man sich des Gedankens, daß

hier im Stillen hochschutzzöllnerischen Wünschen Rechnung getragen werden soll.

nicht erwehren. Dies trifft besonders auf dem Gebiete der Textilwaren zu, wo die Preiserhöhungen in allen Positionen die Preissteigerung mindestens um 100 Proz. überstiegen. Man darf doch wohl nicht annehmen, daß sich bei den Handelsvertragsverhandlungen Unterhändler, auch beamtete Unterhändler finden werden, die sich zu einem Kaufhandel hergeben und eine größere Anzahl von Positionen auf Anhieb um 50 und mehr Prozent ermäßigen. Ferner muß es auffallen, daß eine ganze Anzahl von Positionen jedes Zolltarifes in der Nachkriegszeit durch Verordnungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit weit über Weltmarktpreis erhöht worden sind, gar nicht in der Zolltarifnovelle enthalten sind, so daß das Parlament offiziell gar nicht zu diesen Dingen Stellung nehmen könnte. Ganz sonderbar ist es auch, daß die weiterverarbeitende Industrie aller Branchen z. B. Eisen, Chemikalien, Textilien, obwohl sie jetzt schon kaum exportfähig ist, zu der vorgezeichneten Erhöhung der Rohstoff- und Halbfabrikatzölle fast ganz schweigt.

Die Erklärung dafür kann nur darin liegen, daß viele wirtschaftliche Kreise, noch befangen in den Gedankengängen der Inflation, das Denken auf lange Sicht noch nicht wieder gelernt haben, denn sonst müßte jeder, der diese Zollvorlage zur Hand nimmt, sich

darüber klar sein, daß sie eine Teuerung auf allen Gebieten herbeiführen wird.

Teuerung bedeutet aber heute, da dem Staate die Notenpresse für allenthal gespeert ist, verminderte Kaufkraft, Erhöhung der Kreditnot und als Folge vermehrte Arbeitslosigkeit und Massenelend.

Westbank A.-G. Frankfurt. Die Bank, die schon eine bewegte Vergangenheit hinter sich hat, steht wieder einmal vor einer gänzlichen Umgruppierung. Als Deutsche Palästina-Bank A.-G., Berlin, versuchte sie hauptsächlich ausländische Geschäfte zu vermitteln. Im Jahre 1920 nahm der Sichel-Konzern von ihr Besitz. Dieser Konzern, der sich um die mehr als hundert Jahre alte Eisenhandlung Julius Sichel u. Co. gruppiert, nahm während der Inflation, gestützt auf riesige Kriegsgewinne, einen Anlauf zum Großkonzern mit allen möglichen Gesellschaften und Unternehmungen. Die Ueberführung war hier sehr erschwert, da die Leitung des Konzerns in die Hände einer Tochtergesellschaft, der Aktiengesellschaft für Industrie-werte in Luzern, übergegangen war. Diese besaß die Mehrheit der Mutterfirma Julius Sichel, während Sichel wieder die Mehrheit der „Agil“ kontrollierte, eine unübersichtliche, effizientkapitalistische Verschachtelung also. Wie alle Konzerne, brauchte auch der Sichel-Konzern eine Bank. So wurde die Palästina-Bank erworben und deren Namen in Westbank A.-G. mit dem Sitz in Frankfurt a. M. umgetauft. Wie alle Inflationengebilde, muß natürlich auch der Sichel-Konzern abgebaut. Und so wechselt die Westbank den Besitzer. Die Uebernahme geschieht von einem schweizerischen Konsortium, an dessen Spitze Rechtsanwalt Linke aus Zürich steht. Die Westbank soll in den Dienst der deutschen Interessen dieser Gruppe gestellt werden. Die Umgruppierung bei der Westbank ist ebenfalls als ein Teil des großen Abbauprozesses der überlebten Konzernwirtschaft zu betrachten.

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schill; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Kofales und Sonstige: Fritz Korbelt; Anzeigen: H. Göde; sämtlich in Berlin. Berlin: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3. 6. bzw. 1. Blatt.

Saison-Ausverkauf
in la Herren- und Knaben-Kleidung, bis
50% ermäßigt
S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 12

Sonntag? Nur auf die Avus zum Automobilrennen deutscher Film- u. Bühnendarsteller

Es starten beim Autorennen: Fern Andra, Lya de Putti, Hanni Weisse, Ria Jende, Grete Hollmann, Miss Ivy Chong, Thea de Terra — Harry Piel, Georg Alexander, Harry Lamberts-Pausen, Curt Fuß, Curt Prenzel, Curt Courant, Leo Peukert, Paul Heidemann, Hugo Fischer-Köppe, Theo Mathejko, Charles Willy Kayser, E. Orska, Fritz Kaufmann, H. Sokal, Dr. Hermanns, Carl Boese usw. usw.

Beginn 2 Uhr

SAISON AUSVERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

Großer Posten

Kleiderstoffe

- Schotten 100 cm breit, in neuen Mustern, Meter 1⁹⁵
- Reinwollene Streifen auf hell und dunkel, Meter 1⁹⁵
- Crêpe marocain reine Wolle, doppeltbreit, in modernen Farben... Meter 2⁶⁰
- Eolienne Wolle, mit Seide, doppeltbreit, gute Qualität, in modernen Farben... Meter 3⁶⁰
- Wollrips 130 cm breit, in schwarz, schwere Qualität... Meter 3⁹⁵

Billige

Strümpfe

- Damen-Strümpfe B'wolle, D'wohle, mit Naht, schwarz u. farbig 75 Pf.
- Damen-Strümpfe Seidengriff, Pa. Qualität, schwarz u. farbig 95 Pf.
- Damen-Strümpfe Mako-Flor, halb, gerwirnt, Gewebe, schwarz u. farbig 1⁴⁵
- Damen-Strümpfe Seidenfaser, feinste seidenähnliche Qualität, schwarz und alle modernen Farben 1⁷⁵
- Herren-Socken gute Baumwolle, D'wohle, schwarz und farbig 68 Pf.

Trikotagen

- Damen-Schlüpfer feine Baumwolle, drei Größen, viele Farben 95 Pf.
- Damen-Schlüpfer Kunstseide, farbig, gute Qualität 2⁷⁵
- Herren-Hosen und Jacken, 3/4 und 1/2 Arm, Hinstanzungen 1⁹⁵
- Herren-Hemden makofarbig, Doppelbrust 2²⁵
- Herren-Garnituren farbig, Jacke und Bein Kleid 3⁹⁰

Sportjacken für Damen und Herren

- reine Wolle, viele Farben
- Serie I 3⁹⁰ Serie II 7⁹⁰ Serie III 12⁷⁵

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur Hälfte

herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

Enorm billige Waschstoffe

- Crepon einfarbig, in vielen Farben... Meter 72 Pf.
- Crêpe marocain mod. Muster... Meter 90 Pf.
- Vollwolle doppeltbreit, in neuen Mustern, Meter 1⁴⁵
- Friesé neues Gewebe, 100 cm breit, moderne Farben... Meter 1⁹⁵
- Rüchenhandtücher halblein... Stück 63 Pf.
- Jacquard-Handtücher reichlich, Halbheinen 45-100, Stück 90 Pf.
- Damen-Taschentücher in Batist mit Hohlraum und Batist mit ganz hohe... Stück 15 Pf.
- Herren-Taschentücher Linon, glatt, weisse u. Linon m. bunt. Kante, Stück 18 Pf.

Damen-Konfektion enorm billig

- Waschkleider aus baumwollenem Musselina, jetzt Serie I 2³⁵ Serie II 4⁵⁰
- Waschkleider aus Vollwolle, aparte Muster, jetzt Serie I 5⁹⁰ Serie II 8⁷⁵
- Wusch-Kleider Kunstseide, aparte Fasson, jetzt Serie I 10⁵⁰ Serie II 12⁷⁵
- Crêpe de Chine-Kleider in aparte Farben, auf Island preiswert, jetzt 28⁵⁰
- Ein Zephir-Hemdblusen... jetzt 2⁹⁰
- Ein Trikotkasaks... jetzt 3⁹⁰
- Ein Foulardinekasaks... jetzt 7⁷⁵
- Ein Foulardine-Unterröcke... jetzt 4⁹⁰
- Posten Mäntel a. halbwoollene Stoffen Serie I 5⁹⁰ aus Donegal Serie II 9⁷⁵ aus and. Stoffen Serie III 15⁷⁵
- Seiden-Ottoman-Mäntel aus Kunstseide und Hüllene 9⁷⁵ Serie II 19⁷⁵ Serie III 29⁵⁰ Serie IV 39⁵⁰
- Jackenkleider Serie I 19⁷⁵ Serie II 29⁵⁰ Serie III 39⁵⁰
- Ein Leinen- u. Frotté-Kinderkleider Gr. 60-90 M. 85 Serie I 7⁹⁵ Serie II 3⁹⁵

Beginn am 1. Juli

Großer Posten

Seidenstoffe

- Crêpe Georgette reine Seide, in viel. Farben, doppeltbreit... Meter 1⁹⁵
- Bastseide naturfarbig, gute Qualität, doppeltbreit... Meter 3²⁵
- Kaschmir Kunstseide, bedruckt, in neuen Mustern... Meter 4²⁰
- Crêpe marocain Wolle m. Seide, bedr. neue Dessins, doppeltbreit Meter 5⁵⁰
- Crêpe de Chine ca. 100 cm breit, in allen modernen Farben... Meter 5⁰⁰

Billige Damen-Wäsche

- Damen-Hemden u.-Boinkleider, Stück von 1⁰⁰ an
- Hemdhoosen mit Hohlraum... von 1²⁵ an
- Prinzessrücke mit Stickereigrandierung, von 2²⁵ an
- Nachthemden mit Hohlraum... von 2⁹⁵ an
- Unterkleider Kunstseide, viele Farben, von 3²⁵ an
- Strickjäckchen mit kleinen Schwebelstacheln, durchweg Stück 45 Pf.
- Strickhüschen mit kleinen Schwebelstacheln, durchweg Stück 75 Pf.
- Moderne Hüthalter m. Gamal 1⁷⁵ 1²⁵ 2⁵⁰
- Damen-Schürzen verschiedene Muster... 85 Pf. 1⁴⁵ 1⁷⁵

- Oberhemden Perhol, Klappmanschetten und passende Krager... 4⁹⁰
- Binder reine Seide, gemastert, grobe, offene Form... 1⁷⁵
- Nachthemden reines Hemdenstück, mit farb. Dessins u. Taschen... 4⁵⁰
- Herren-Hüte farbig, moderne Formen... 2⁹⁰
- Herren- u. Damen-Schirme Halblein... 5⁷⁵

HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslöhne in Schweden.

Steigen der Reallohne um 21 Proz. seit 1913.

Gegenüber den fortgesetzten Behauptungen der Unternehmer, die hohen Löhne in Deutschland verhinderten...

Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Jahr und Arbeiter betrug im Jahre 1924 2300 Kronen...

Ein Vergleich mit den Indizes der Lebenshaltungskosten gibt ein Bild über die Verschiebung der Reallohne...

Diese Zahlen zeigen insbesondere, daß die schwedischen Arbeiter nicht allein die nominalen, sondern sogar die realen...

Die Verhandlungen im Baugewerbe gescheitert.

Die Unternehmer lehnen alle Zugeständnisse ab.

Die Verhandlungen, die gestern für das Berliner Baugewerbe vor dem freien Schiedsgericht stattfanden...

Arbeitszeit, den Urlaub und die Lehrlingsfrage umfaßt, und andererseits der Abschluß eines neuen Lohntarifs.

Zu den ersten Fragen erklärten die Unternehmervertreter, daß die Arbeitszeit und der Urlaub nur durch Reichsmanteltarif geregelt werden dürfe...

Alle Einwendungen der Vertreter der Bauarbeiter, die die Scheinargumente der Unternehmer zerpfückten...

Dieses Verhandlungsergebnis läßt die Einigungsmöglichkeit, die von vornherein sehr gering war, noch weiter zusammenschrumpfen.

Reichsfarben und Parteiabzeichen.

Bei Siemens-Schudert.

Wie wir feinerzittelt mitteilten, wurde den Arbeitern des Kabelwerkes von Siemens-Schudert untersagt, das Fabrikgrundstück mit Abzeichen, auch schwarzgoldenen Bändchen...

Als Kläger gegen die Firma traten sieben Arbeiter auf, die sich geweigert hatten, ihre schwarzgoldenen Bändchen abzulegen...

Der Vertreter der Firma behauptete, das Verbot sei erlassen worden, um Reibereien unter den Arbeitern...

Der die Kläger vertretende Beauftragte des Metallarbeiterverbandes betonte, die Kläger beanspruchten nicht das Recht, innerhalb des Betriebes während der Arbeitszeit an ihrem Arbeitsanlege irgendwelche Abzeichen zu tragen...

Das Gericht hielt es für notwendig, einen umständlichen Beweis darüber zu erheben, wie lang und breit die Bänder waren, ob sie mehr oder weniger sichtbar getragen wurden...

legt. Hiernach müsse auf Grund der Arbeitsordnung auch berücksichtigt werden, daß in einem Betriebe, wo Leute verschiedener Denkart beschäftigt seien, alles vermieden werden müsse...

Dies Urteil trifft unseres Erachtens nicht den Kern der Sache. Es würde vielleicht zutreffen, wenn es sich um Parteiabzeichen handelte, die während der Arbeitszeit getragen werden...

Sattler, Tapezierer und Portefeullier!

Wahl zum Gewerkschaftstongreß.

Morgen ist Wahl von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends. Es kann also, es muß jedes Mitglied seine Wahlpflicht erfüllen.

Es kann nicht gewählt werden der Kandidat, der von den Zerstörern der Gewerkschaften, von den Leuten, die immer wieder die Arbeiter gegeneinander verhetzen...

Es ist vielmehr zu wählen der Kollege Wilhelm Osten, einstimmig von der Generalsversammlung vorgeschlagen...

Metallarbeiterstreik in Leipzig.

Leipzig, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine stark besuchte Funktionärsversammlung der Metallarbeiter beschloß am Donnerstagabend, heute morgen in den Streik einzutreten...

Bauarbeiterstreik in Sachsen.

Wegen Lohnunterschieden ist in Sachsen der Streik im Baugewerbe ausgebrochen. In Leipzig sind 5-6000 Bauarbeiter an diesen Streik beteiligt.

Grubenarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 3. Juli. (TU.) Entgegen der Entscheidung der Gewerkschaften haben die meisten Grubenarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Im Film-Kleier „Tetra-Glashaus“ Marienfelde, Straße 94, haben am Donnerstag sämtliche organisierten Arbeitnehmer die Arbeit wegen Lohnunterschieden eingestellt.

Beginnt am 1. Juli, morgens 9 Uhr

Das Tagesgespräch von Neukölln!

Saison-Ausverkauf

Ein Posten Zephirleinen 58 Pf. Ein Posten Kleider-Frotté 95 Pf.

Ein Gelegenheitsposten Waschwasseline 58 Pf.

Ca. 1200 Meter reins. Messaline 1.63 Wert 3,75 jetzt 2.75 Kunstseiden-Trikot 2.75

Ca. 500 Kleider aus Voll-Frotté und Waschstoffen 1.75

1 Restpost. Mäntel aus Donegal, Covercoat und Tuch 3.75

Gr. Posten Damenwäsche leicht angestaubt, bis 50% unter Preis

Sport-Kostüme aus Donegal und covercoat, farbigen Stoffen 7.95

Kasaks u. Jumper aus Wachmusseline, Kasackstoffe, Voll-Volle 98 Pf.

Ein Posten Seidenballist weiß und farbig 95 Pf. Ein Posten Weib-Voll-Volle 115 cm breit 1.75

Ein Posten stielte Herrenröden mit kleinen Fehlern zum Ausverkauf 35 Pf.

Ein Posten Wollene Damen-Strickwesten 4.95

Ein Posten Hausschuhe moderne Farben 65 Pf.

ca. 20000 Paar Strümpfe moderne Farben und schwarz 48 Pf.

ca. 2000 Meter Blamine, kariert 50 Pf. Engl. Tail Garnituren 2.90

Ein Posten Tischtücher enorm billig 2.75

Einige tausend Fabrikreste Handtuchreste ohne Rücksicht auf Maß und Qualität 45 Pf.

Einige tausend Fabrikreste Bettuchhalbleinen- u. Hausschrestie 95 Pf.

ca. 18000 Stück Taschentücher 9 Pf. an

Schwarze Ripakissen 1.25 Mitteldecke gestickt, Handarbeit 3.90

Handtuchreste in Halb- u. Realleinen, jeder Rest 45 Pf.

Bettuchhalbleinen- u. Hausschrestie 95 Pf.

ca. 3000 Mtr. Robnessel 48 Pf.

Posten Hemdentuch 58 Pf. Posten Linn 75 Pf.

Nie wiederkehrende Gelegenheit! ca. 3000 Mtr. Schweizer Stickerel 9 Pf. Ein Posten Kissen-Einsätze 38 Pf.

NEUKÖLLN-HERMANNSTR. 210 Hermannfeld

Nie wiederkehrende Gelegenheit! ca. 1000 Mtr. Schweizer Unterrock-Stück 58 Pf. ca. 1000 St. Zwirn- u. Klappel 95 Pf.

Servietten, Halblein, m. kl. Fehlern 65 Pf. Wischtücher Halb- und Realleinen, m. kleinen Fehlern 45 Pf.

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93

neben Kriegervereinshaus

Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Ischias
In 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Spezialbehandlung. Besondere Massage, ärztl. empfohlen. Spezialambulanz 105, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, Jambor.

Auf Teilzahlung
Herren- Garderobe
Knaben- Gummi-Mäntel
i. Damen
u. Herren
Geringe Wochen- oder Monatsraten
Bettwäsche, Gardinen, Teppiche,
Korbmöbel, Metallbetten.
Antel, Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz
Gegründet 1901

Noch jetzt ist es Zeit! Sommer- und Gummimäntel einzukaufen.

Wir waren gezwungen, da noch ein allzu großes Lager vorhanden, die Preise bedeutend herabzusetzen!

Nach dem amerikanischen System kaufen Sie auch so, bei Bezahlung innerhalb 6 Wochen, mindestens so billig wie anderwärts bei sofortiger Kasse

Das amerikanische System ist eine Wohltat, behaupten Tausende von Kunden!

Sie bekommen bei uns einen
Wollen, gestreift, Herren-Homespun-Anzug für **33,-**
 zahlen Mk. 10,- an und jede Woche Mk. 3,- ab
Wollen, Nadelstreifen-Herren-Anzug blau, braun, grün für **40,-**
 zahlen Mk. 10,- an und jede Woche Mk. 5,- ab
Haltbaren Herren-Gabardine-Anzug für **52,-**
 zahlen Mk. 12,- an und jede Woche Mk. 5,- ab
Gabardine-Herren-Anzug Brautz für Maß für **78,-**
 zahlen Mk. 15,- an und jede Woche Mk. 10,- ab
Herren-Homespun-Mantel Rückenfalte und Gurt, moderne Verarbeitung für **28,-**
 zahlen Mk. 8,- an und jede Woche Mk. 3,- ab
Gabardine-Herren-Mantel mod. Verarbeitung, Rückenfalte und Gurt für **40,-**
 zahlen Mk. 10,- an und jede Woche Mk. 5,- ab

Bei sofortiger Bezahlung noch billiger! **Maßanfertigung zu den gleichen Bedingungen**

Schon bei Anzahlung kann Ware sofort mitgenommen werden. (Bei genügendem Ausweis.)
 Bei Bezahlung innerhalb 4 Monaten werden die 20 Prozent Rabatt nicht abgezogen!

Bekleidungshaus G.m.b.H. nach amerikanischem System

Kottbuser Damm 28 Um Verwechslungen zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere Hausnummern! **Reinickendorfer Str. 70**

Beim Einkauf von über Mk. 20,- wird dieses Inserat mit Mk. 1,- in Zahlung genommen.

Gardinen

Sonderangebote u. Gelegenheits-Käufe in Resten

Steris, Bettdecken

Malteser- und Künstlergardinen.

Spezial-Gardinenwerkstatt

Neuhölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof.

Metallbetten

Korb- u. Kinderwagen



Diskret Teilzahlung bei sofortiger Lieferung

RAIL

Gr. Frankfurt, Str. 47

gegenüb. Markusstr.

Reparaturen anrufen Alex. 3196

Stein der Weisen

Die ideale Nagelpflege überall erhältlich

KOPP & JOSEPH
BERLIN W.

**Herren-Garderobe
Damen-Konfektion
Bett-u. Leibwäsche
Gardinen etc.**

auf **Kredit**

in größter und reichster Auswahl zu spielend leichten Zahlungsbedingungen liefert das **neueröffnete**

Kredithaus „Felix“
Veteranenstr. 2, 1. Etage
Ecke Brunnenstraße, vis à vis Jandorf.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

„Eine wird schon passen“
„Maßanfertigung“
„Einser wird schon passen“

Vollständige optische Sehachsenprüfung mit neuesten Apparaten, sowie Garantie für völlige Zufriedenstellung sind im Preise einbegriffen. Größte Auswahl! Liefer. f. Krankenkassen Billigste Preise! Nickelmesser . . . von 0.75 an | Rahmen-Gläser pro Paar v. 1.00 an
 Desbléknäfer . . . von 1.50 an | Zeiss' Funktal-Gläserlager

Max Trusch Staatl. geprüfter Optiker-Meister
 Berlin SO 26, Dresdener Straße 131 (Kottbuser Tor)

BETTWÄSCHE

Saisonverkauf vom 1. bis 15. Juli zu besonders billigen Preisen!

Bettbezug aus starkfäd. Kretonne . . . **4.50**
Bettbezug aus gutem Renforcé . . . **5.75**
Bettbezug aus dichtem Linon . . . **6.55**
Bettlaken aus gutem Hemdentuch . . . **2.95**
Bettlaken aus schwerem Dowias . . . **3.95**
Tischtuch aus bestem Leinen-Damast **4.95**
Hemdentuch, starkfädig **63 Pf.**
Handtuchstoff, pa. Dreil **48 Pf.**

WILLY SCHOTT
 Bettwäschefabrik
 Warschauer Straße 5

Zähne

1 und 2 Mark. **Goldkronen** von 8 Mark an.
 Persönliche fachmännische Behandlung.
 Wöchentliche Teilzahlung gestattet.
B. Wolff, Charlottenburg, Nabe Wilhelmplatz, Berliner Straße 110.

Fritz Reimann
 Knäpfler, Reiterstraße 33
 Die billige Bezugsquelle für
 Latex- und
 Wappstoffe jeder Art.
 2. Geschäft: Anzengruber-Straße 27

Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
 Klebenausschl. in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
 Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
 nur 1. Etage, fein Boden.
 (Ringförm. daber Konstruktions-Büro.)
 Besichtig. erhält 5% Rabatt.

Für Sommerfeste!

Lampions, Feuerwerk, Stocklaternen, Fackeln, Kopfbedeckungen für Damen und Herren, Artikel für Kinderfeste, Festabzeichen

Tombola - Gewinne, - Lose, - Nieten

Größte Auswahl! Billigste Preise!
Pohl & Weber Nchl.
 Spittelmarkt 4-5, I.
 Verlangen Sie Sommerpreisliste Nr. 2!

Qualitätswaren zum kleinen Bruchteil des regulären Wertes

Saison-Ausverkauf!

Washstoffe

Waschmasse in Zephir für Oberhemden u. Blusen . . . Meter	75 Pf.
Größe marocain aparte Druckdruck Meter	95 Pf.
Voll-Pronto 100 cm breit, Streifen u. Karos Meter	1.45
Kleider-Rips in vielen Farben Meter	1.65
Musselin reine Wolle Meter	2.25

Wäsche

Jumper-Unterröcke mit breiter Stückerel	1.25
Jumper-Unterröcke in schöner Ausführung	1.50
Hemdosen Windelform in versch. Stückerel-Ausführung	2.95
Prinzebrock guter Wäschestoff mit Stückerel-Ansatz . . .	2.05
Damen-Hemd Trägerform, guter Wäschestoff	1.95
Damen-Beinkleid Knieform	1.95

Baumwollwaren

Hemdenläch mittelfädig Meter	65 Pf.
Linon Deckbettbreite 1.45 Klassenbreite Meter	85 Pf.
Bettbezug aus gutem Wäschetuch, volle Größe	4.95
Kissen dazu passend	1.45
Bettlaken kräftig, ohne Naht	2.95
1 Posten graue Schlafdecken	1.85

Voll-Volleblusen Wollene Blusen Frotte-Blusen Wollwesten Kostümröcke Knaben-Anzüge Kinderkleidchen Unterröcke Kasaks	1.50
--	------

Voll-Volleblusen Samtblusen Panama-Jumper Cheviotkleider Kostümröcke Unterröcke Kleiderkleider Knaben-Anzüge	2.50
--	------

Herren-Artikel

Herren-Haaritz-Hüte	4.95
Herren-Wollitz-Hüte	2.95
Farbige Oberhemden mit Kragen	3.95
Farbige Oberhemden	4.95
Farbige Binder reine Seide	1.65
Farbige Binder moderne Muster	35 Pf.

Covertcoat-Mäntel Reinwollene Kostüme Frottekleider Unterröcke, rn. Woll Voll-Volleblusen Reinw. Flanellblusen Elegante Kleider Knaben-Mäntel Mädchen-Kleider	7.50
---	------

Gabardine-Kleider Frauenkleider bis Gr. 52 Ripskleider Eleg. Wintermänt. Wollschott-Kleid. Impr. Regenmänt. Knaben-Mäntel Mädchen-Kleider	10.00
---	-------

Strümpfe und Trikotagen

Herren-Socken grau, Baumwolle	38 Pf.
Damen-Strümpfe engl. lang, ohne Naht, Baumwolle	38 Pf.
Damen-Strümpfe engl. lang, Fior oder Seidengriff, Doppel-Schle, Hochferse	95 Pf.
Damen-Schlingler Baumwolle, verschied. Farben	95 Pf.
Herren-Make-Hemden ed. -Rosen	2.65
Herren-Einsatz-Hemden moderne Streifen	2.95

Gummi-Mäntel Regen-Mäntel Alpaka-Mäntel für Frauen Gabardine-Kostüm Lederol-Mäntel Winter-Mäntel Crêpe de Chine-Blus Gabardine-Kleider	15.00
--	-------

Rw. Kapakleider Reinw. Kostüme Damen-Mäntel Seidenkleider Herr. Gummi-Mänt. Eleg. Kind.-Kleider Knaben-Anzüge Flanellblusen Damen-Vollekleid.	12.50
---	-------

Verschiedenes

Etamine 100 cm breit, gute Qualität . . . Meter	1.15
Künstler-Gardine gewebter Tuil, Steilig . . .	3.90
Damen- und Herren-Taschentücher St.	18 Pf.
Wiener Damen-Schürzen weite Form . . .	1.45
Kunstseidenes Band alle Farben, 11 cm breit Meter	58 Pf.
Damen-Regenschirm Toppform	3.95

Modell-Konfektion Unsere gesamten Bestände ohne Rücksicht in 3 Serien: **95.00 65.00 45.00**

Reise-Koffer

mit Metallschienen, 8 Schutzecken, 2 Schlössern	3.95 4.75 5.25 5.75
mit Metallschienen, mit Vulkanenschutz-ecken, 2 Patentschlössern u. Scharnieren	4.75 5.50 6.75 8.50
Edel-Sperrbügeltasch., Segel, tuch, Ledergriff, vernickeltes Schloß	10.75 12.50 13.75

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestraße 70-71

Unterharn

1000 m schwarz und weiß, alle Nummern Rolle	29 Pf.
Damen-Chevreau-Pumps braun, moderne Form . . .	7.75
Damen-Boxcall-Halbschuhe braun G.W., spitze Form	10.50
Herren-Stiefel rotbraun, echt Box, G.W., spitze Form	13.50